



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova EUropa

**Referat bei der Nova EUropa - Klausur am 13.1.2007 in der Politischen Akademie:**

**"Gründung und Politik der Europäischen Föderation – Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Föderation".**

Im letzten Teil der Klausur darf ich die bisherigen Überlegungen zum Kapitel 4 "Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Föderation" präsentieren. Das Kapitel hängt eng mit dem 3. Kapitel, der Wirtschaftspolitik, aber auch mit dem zweiten, der Gesellschafts- und Innenpolitik zusammen – und es hat natürlich auch seine eigenständige Komponente.

Die Außenpolitik soll

- das Konzept der weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft unterstützen
- und sie soll dazu beitragen, dass die Werte an denen wir unsere Politik im Inneren ausrichten und die wir für universell halten – also die Menschenrechte – soweit möglich auch international durchgesetzt werden.

Zielsetzungen der Außen- und der Äußeren Sicherheitspolitik sollen daher folgerichtig sein:

- Die Absicherung der Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft;
- Der Schutz der Biosphäre;
- Der weltweite Schutz der Menschenrechte;
- Die Gewährleistung der eigenen äußeren Sicherheit;
- Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen;

Gehen wir die Punkte durch:

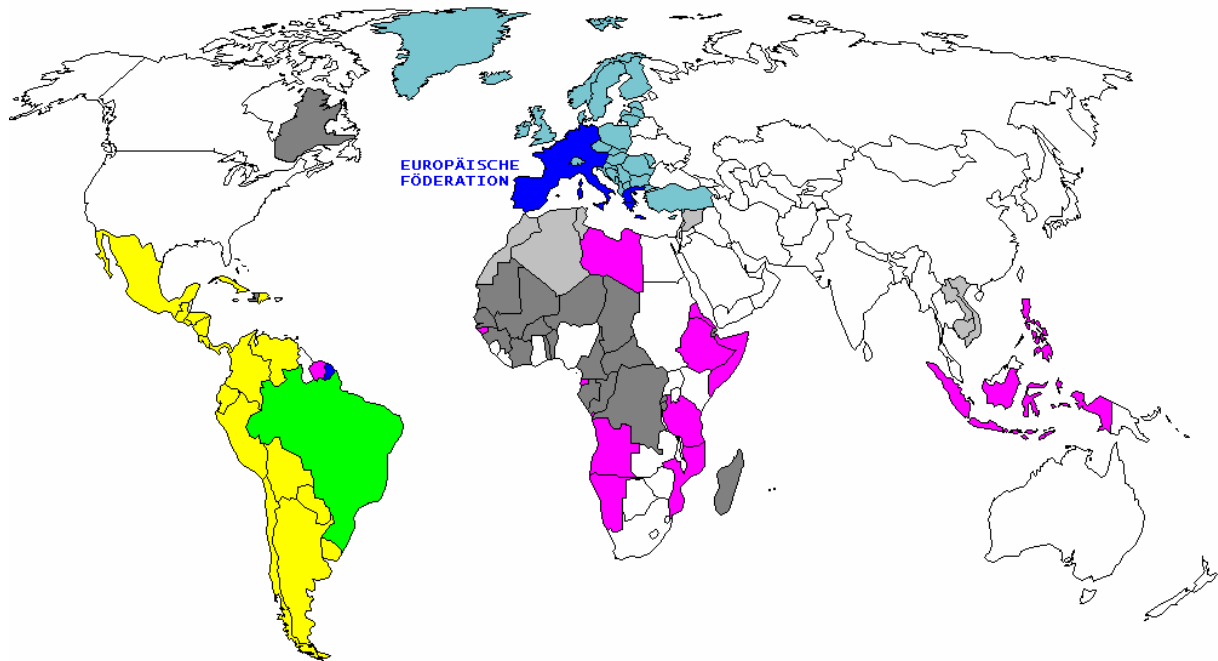
Die Absicherung der Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft

Hier schließen wir insb. an die Konzeption einer ökosozialen Staatengruppe an, für die wir den Namen "CEES - Communauté Économique Écologique et Sociale" vorschlagen.

Ja, die Karte hier (siehe S 2) zeigt eigentlich nichts anderes als jene Staaten zu denen von Seiten der Europäischen Föderation oder anderer EU-Staaten sprachliche oder historische Beziehungen bestehen.

Wie im Entwurf zum Positionspapier ausgeführt, rechnen wir insb. damit, dass die Länder der Franco-phonie – aufgrund der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Eurozone und der Stationierung von Föderationstruppen – sowie die Länder Lateinamerikas bei der CEES dabei sein werden.

Die Karte zeigt also, dass wir davon ausgehen, dass viele Entwicklungsländer für eine ökosoziale Politik gewonnen werden können.



- Dunkel- und Hellblau:** Europäische Union 2020 und mit der EU in einer Zollunion verbundene Staaten
- Dunkelgrau:** "Französisch" als Mutter- oder Amtssprache
- Hellgrau:** teilweise "Französisch" als Unterrichtssprache und Staaten mit historischen Beziehungen zu Frankreich
- Gelb:** "Spanisch" als Muttersprache
- Grün:** "Portugiesisch" als Muttersprache
- Violett:** Staaten mit historischen Beziehungen zu anderen Föderationsstaaten;
- Orange:** Staaten mit historischen Beziehungen zum UK

Bei der "Absicherung der Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft" geht es um folgende Überlegungen:

- Eine an Ökologie und sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik von Entwicklungsländern wird in manchen Ländern mit hoher Wahrscheinlichkeit innere Gegner auf den Plan rufen, mächtige, finanzkräftige Gegner, die eventuell vor skrupelloser Politik – Militärputsch, politische Morde etc. – nicht zurückschrecken.  
Die Föderation müsste sich verpflichtet fühlen, die politische Stabilität der CEES-Länder zu garantieren. Das bedeutet militärische wie nachrichtendienstliche Rückendeckung von den Menschenrechten, der sozialen Gerechtigkeit und dem Umweltschutz verpflichteten Regierungen.
- Damit zusammenhängend geht es darum, den Rechtsstaat in diesen Ländern mit aufzubauen und zu stärken; Richter, Polizei ... mafiose Strukturen müssen zerschlagen, Terrorismus ausgeremert und Korruption ausgetrocknet werden.
- Es geht weiters darum, dass die Föderation auch in der Lage sein muss, CEES-Staaten ihre äußere Sicherheit zu garantieren. Kein Staat soll der Gemeinschaft nur deshalb nicht beitreten können, weil er z.B. auf den militärischen Schutz und die Garantien der USA angewiesen ist.

Weitere außenpolitische Zielsetzung muss der Schutz der Biosphäre sein.

Das beginnt damit, dass der Schutz der Umwelt ein zentrales Thema der Diplomatie sein muss und es endet damit, dass die Einhaltung von Fischfangquoten und Fischereiregeln – insb. ein Verbot der Schleppnetzerei – sowie das Gebot, die Meere sauber zu halten, durch die Seestreitkräfte der Europäischen Föderation kontrolliert und durchgesetzt werden.

Das würde die Europäische Föderation natürlich nicht weltweit tun können – aber sie könnte sich für den Schutz der wesentlich ausgeweiteten Hoheitsgewässer der EU- und CEES-Staaten per Militärdoktrin für zuständig erklären. Und ich wüsste nicht, wer sie daran hindern könnte.

Der Schutz der Menschenrechte weltweit – das wäre das aus Kapitel 2, "Gesellschafts- und Innenpolitik nach europäischen Wertvorstellungen" abgeleitete Ziel.

Die Menschenrechte sind universell! Kann Europa zusehen, wenn Hunderttausende oder gar Millionen durch Völkermord hingemetzelt werden? Kann Europa zuschauen wie Millionen von Frauen weltweit ihrer fundamentalsten Rechte beraubt werden?

Wo immer möglich und wo immer ein Wandel zum Besseren erwartbar ist, sehen wir die Pflicht eines so bedeutenden Staates wie einer Europäischen Föderation helfend tätig zu werden oder auch aktiv einzugreifen ... und das kann bis zum militärischen Eingreifen gehen.

Was man hier auch fragen muss:

- Ist ein Eingreifen im Sinne der Güterabwägung überhaupt möglich? Beispiel: Eine Europäische Föderation wird nicht wegen Menschenrechtsverletzungen in China einen Krieg beginnen können – und erst recht keinen Atomkrieg!
- Wie hoch sind die erwartbaren eigenen Verluste an Menschen und wie hoch sind die Kosten, wenn Europa eingreift?
- Und ist überhaupt ein Erfolg zu erwarten – oder wird durch europäisches Eingreifen alles noch schlimmer? Man braucht hier nicht lange herumzureden – sondern man kann einfach auf den Irak hinweisen.

Dann geht es natürlich um die Mittel:

- Diplomatie,
- Nachrichtendienste,
- militärisches Eingreifen als Ultima Ratio;

Schließlich ist das selbstverständlichste Ziel zu erwähnen:

Die Gewährleistung der eigenen äußeren Sicherheit

Hier kann es übrigens nicht nur um militärische Bedrohung gehen.

- Es geht hier auch um Staaten, von deren Territorium terroristische Bedrohungen ausgehen,
- und es geht auch um Staaten, die in Europa Bewegungen finanzieren, die sich gegen die Menschenrechte – insb. die Gleichberechtigung von Mann und Frau – und gegen europäische Werte und Freiheiten engagieren!

Wenn wir uns den saudischen Islam anschauen und wenn wir uns anschauen, welchen Islam die Saudis bei uns finanzieren, dann müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob wir es hier nicht mit falschen Freunden zu tun haben?

Ansprechen muss man auch die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung! In einer Welt, in der das Wissen, wie man Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen herstellt, vorhanden ist, kann der demokratische Westen und könnte eine Europäische Föderation – und sie würde den Status einer anerkannten Atommacht von Frankreich übernehmen – nicht auf nukleare Abschreckung verzichten. Dürrenmatt lässt seinen Möbius in den Physikern sagen: "Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden".

Wenn die Sicherheit der CEES-Staaten gewährleistet werden soll, dann wohl erst recht die der EU-Staaten. Wir denken daher die Fusion der WEU mit der EU an – also die Ausweitung der Sicherheitsgarantien des Art. 5 des WEU-Vertrags auf die gesamte Union.

Da die Europäische Föderation eine militärische Supermacht wäre – es auch sein muss – stellen wir die Frage, ob dann die NATO überhaupt noch Sinn macht. Das enge Verhältnis zu den USA wollen wir aber auf jeden Fall aufrechterhalten – die Europäische Föderation sollte mit dieser bei der Zielsetzung der universellen Durchsetzung der Menschenrechte und der Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammenarbeiten.

## Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Damit wäre auch die letzte außenpolitische Zielsetzung angesprochen. Hier gehen die Überlegungen natürlich bis zum militärischen Eingreifen gegen Länder die Kernwaffen anstreben. Und man muss sich überlegen, wie Länder atomar entwaffnet werden können, die bereits Nuklearwaffen haben. Wirtschaftliche Anreize und Sicherheitsgarantien wären hier die erste Wahl.

Ausgehend von den Zielen der Außenpolitik diskutieren wir die notwendigen Mittel:

- Die Möglichkeiten der Diplomatie
- und die notwendige militärische Stärke.

Zuletzt haben wir Aufbau und Stärke der "Föderalen Streitkräfte" im Arbeitskreis diskutiert. Und es steht fest, dass die Streitkräfte – angesichts der Aufgaben – eine Stärke haben müssen, die der der USA vergleichbar, wenn nicht ebenbürtig ist.

Wir haben lange darüber diskutiert, ob es neben den "Föderalen Streitkräften" Truppen der Bundesstaaten geben soll – nach dem Muster der Nationalgarden der USA. Wir sind davon abgerückt, weil das Konzept nicht schlüssig ist:

- Schlüssig wäre das Konzept, wenn die Truppen der Bundesstaaten aus Wehrpflichtigen bestünden und deren Zuständigkeit Territorialverteidigung und Katastrophenschutz wäre.
- Die allgemeine Wehrpflicht kann es in der Föderation aber nicht mehr geben, da sie in den meisten zukünftigen Bundesstaaten bereits ausgesetzt ist und wohl ohne eine massive Bedrohung nicht mehr aktiviert werden kann.
- Wir haben uns daher gefragt, was es für einen Sinn haben kann, Zeitsoldaten für Bundesstaats- und Föderationstruppen anzuwerben? Und würden sich genug Soldaten für die weltweit einsetzbaren Föderationstruppen anwerben zu lassen wenn der Dienst in den Bundesstaatstruppen wesentlich ungefährlicher wäre?
- Zwölf Berufsarmeen (eine föderale und elf Armeen der Bundesstaaten) wären zudem vollkommen ineffizient und unnötig teuer.

Wir sind daher vom Konzept der "Nationalgarden" abgerückt, werden aber eine Milizkomponente der Föderalen Streitkräfte – als Reservekomponente – vorschlagen. In der Miliz sollen nebenberufliche Soldaten – wenn man so will "Wochenendsoldaten" – Dienst tun. Sie würden nach einer kurzen Grundausbildung, jedes dritte bis vierte Wochenende Übungen absolvieren. Die Miliz wäre damit auch ein Rekrutierungsfeld für Zeitsoldaten für die regulären Streitkräfte. Und die Miliz wäre mit Sicherheit auch eine Zusatzverdienstmöglichkeit für abgerüstete Zeitsoldaten, deren Bereitschaft man damit aufrechterhalten könnte.

So, das ist jetzt der Stand der Diskussion in der außenpolitischen Arbeitsgruppe.